



## Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2014

Gehalten von Klaus-Dieter Bartel

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

auch wenn die meisten Argumente zwischen den Fraktionen bereits ausgetauscht wurden und die örtliche Presse schon seit Jahren kein ausgeprägtes Interesse mehr an unserem Ritual der Haushaltsreden zeigt, möchte ich dennoch die aus grüner Sicht wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen skizzieren:

1. **Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und damit die Notwendigkeit, sozialen Wohnungsbau am Standort Albert-Schweitzer-Schule und anderswo zu realisieren**
2. **Der Appell, beim Klimaschutz endlich „Gas zu geben“ und einen/eine Klimaschutzmanager/-in einzustellen**
3. **Die Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts für die Innenstadt**
4. **Eine Bewertung unserer finanziellen Situation, die das A und O unserer Handlungsfähigkeit darstellt**
- 5.

### **Zur Notwendigkeit, bezahlbarem Wohnraum zu schaffen:**

Im Januar kündigte die Landesregierung an für 59 Gemeinden eine Mietpreisbremse einzuführen. Kriterien dafür waren: die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum, die Leerstandsquoten, die Mietentwicklung in den letzten fünf Jahren und der Anteil auslaufender Bindungen. Dass auch unsere Stadt dazu gehört, konnte nicht wirklich überraschen.

Die Rheinschiene zwischen Düsseldorf und Bonn hat sich zu einem überaus begehrten Wohnstandort entwickelt.

So platzt unsere Landeshauptstadt aus allen Nähten und wird den Nachbargemeinden eher Einwohnerzuwächse denn Bevölkerungsschwund bescheren. Zwangsläufig steigen damit die Mieten auf dem „freien Markt“.

Zur Situation der Wohnungssuchenden in Hilden einige Fakten aus dem Jahr 2012. 1.300 Wohnungen waren seit 2001 aus der sozialen Bindung gefallen. 421 Bürgerinnen und Bürger beantragten einen Wohnberechtigungsschein, 465 meldeten sich wohnungssuchend, nur 67 konnten in eine Wohnung vermittelt werden. In den Jahren 2010 bis 2012 wurde keine einzige öffentlich geförderte Wohnung fertig gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass Teile des Rates auf dem Albert-Schweitzer-Gelände weniger, dafür größere Wohneinheiten für finanziell gut Situierte schaffen wollen. Gerade für diesen Personenkreis wurde in Hilden doch in den letzten Jahren fast ausnahmslos gebaut! Aber nicht nur auf dem ehemaligen Schulgelände, sondern auch in unserem Zentrum muss dort, wo die Stadt direkt oder indirekt Einfluss nehmen kann, Wohnraum für Gering- und Normalverdiener geschaffen werden. Die geplanten Projekte der WGH an der Kirchhofstraße sind lobenswert, die Vermarktung des JUECKs zugunsten von Nobelwohnungen dagegen nicht. Für uns bleibt die Herausforderung, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dabei den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten. Der Vorschlag der Allianz, Wohnungsknappheit und zu hohe Mieten mittels einer Senkung der Grundsteuer um 20 %-Punkte zu bekämpfen, ist vermutlich nur ein verfrühter Aprilscherz – die monatliche Belastung für eine 80 qm-Wohnung würde dadurch lediglich um einen guten Euro sinken.

An dieser Stelle sei eine kurze Richtigstellung zu beliebten Vorurteilen hinsichtlich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gestattet. Keinesfalls profitieren von ihm hauptsächlich Bezieherinnen und Bezieher von AGL II, Sozialhilfeempfängerinnen und – empfänger und Niedriglöhner. Anspruchsberechtigt sind zum Beispiel auch vierköpfige Familien mit einem Nettoeinkommen bis zu 33.000 €, also Menschen mit durchschnittlichem Einkommen. Auch dies sollten wir den Kritikerinnen und Kritikern des Sozialen Wohnungsbaus, die um den Ruf ihres Viertels und die Stabilität ihrer Grundstückspreise bangen, immer wieder deutlich machen.

### **Zum Klimaschutz**

Die von uns beantragte zeitlich befristete und mit hohen staatlichen Zuschüssen versehene Einstellung einer Klimamanagerin / eines Klimamanagers fand – leider erwartungsgemäß – nicht die Zustimmung der Ratsmehrheit. Und das, obwohl gerade die Einrichtung dieser Stelle nach Auffassung des seit Herbst vorliegenden Klimagutachtens Dreh- und Angelpunkt einer wirksamen, übergreifenden und nachhaltigen Klimaschutzpolitik vor Ort ist. Wieder einmal wird am falschen Ende gespart!

Und wieder einmal kommen wir unserer Verpflichtung nur unzureichend nach, notwendige Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Letztendlich belasten wir dadurch aber auch unser Stadtsäckel, denn ohne die Tatkraft einer ambitionierten Fachkraft wird sich an den hohen Verbräuchen in städt. Liegenschaften vermutlich sobald wenig ändern. Und auch der örtlichen Wirtschaft wird so eine Stelle vorenthalten, die für den Aufbau eines breit angelegten und gut beworbenen Energieberatungsnetzes unverzichtbar ist.

Hier zeigt sich wieder der altbekannte Reflex, Neueinstellungen – unabhängig von den damit verbundenen finanziellen Vorteilen für die Stadt - möglichst zu verhindern. Ein weiteres trauriges Ergebnis der Haushaltsplanberatungen: Kein einziger Vorschlag des Klimagutachtens fand die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses. Da stellt sich

doch in unserer Stadt wieder einmal die Frage nach dem Nutzen von Untersuchungen, die dann mehr oder weniger sang- und klanglos in der Schublade verschwinden.

Wir Grüne meinen: Bei der Klimapolitik sollten Rat und Verwaltung endlich den Charakter des sich irgendwie Durchwurschtelns ablegen und durch ein Bündel von Maßnahmen in die Offensive gehen.

### **Zum Integrierten Handlungskonzept**

In der Haushaltrede des Kämmerers wurde deutlich, dass der im letzten Jahr beschlossene und mit zahlreichen interessierten Bürger/-innen erarbeitete Katalog zum Integrierten Handlungskonzept für die Innenstadt aus Sicht der Verwaltung auf dem Prüfstand steht. Sollte sich die Haushaltlage nicht verbessern, möchte man – so unser Eindruck - hier vorrangig den Rotstift anlegen. Klar ist: ohne Zuschüsse des Landes ist die Realisierung der vorliegenden Planung – zumindest in dem bisherigen zeitlichen Rahmen – kaum möglich. Ansonsten sollten wir jedoch alles dransetzen die Beschlüsse zum Handlungskonzept auch umsetzen. Wir brauchen ein attraktives Zentrum nicht nur, weil wir als die Einkaufsstadt des Kreises in Zeiten des boomenden Internethandels mehr denn je von der Anziehungskraft unserer Fußgängerzone leben. Wir brauchen eine attraktive Innenstadt auch, damit sich die Bewohner/-innen Hildens in ihrem „Wohnzimmer“ wohl fühlen und sich mit unserer Stadt identifizieren.

Dazu gehört die Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Spielstationen und Treffpunkte für Jung und Alt. Dazu gehören auch weitgehend Barriere freie Wegeverbindungen für Fußgängerinnen und Fußgänger und Fahrradfahrerinnen und Radfahrer in die Innenstadt und vieles mehr.

### **Zur finanziellen Situation.**

Als der Kämmerer die Eckwerte der Finanzplanung 2014-17 verkündete, war der Schock groß. Nicht so sehr die ungeliebte Solidarabgabe, sondern vielmehr die massiven Einbrüche bei der Gewerbesteuer machen das Haushalten in den nächsten Jahren für uns unerwartet schwer. So nehmen wir voraussichtlich in diesem Jahr über **8 Mio. €** weniger ein als noch vor zwölf Monaten veranschlagt.

Aber es gibt auch Anlass zu vorsichtigem Optimismus: So erwartet über die Hälfte der größeren und mittelständischen Firmen nach Mitgliederbefragung des örtlichen Industrievereins für 2014 einen Aufwärtstrend. Hoffentlich wird von dem prognostizierten wirtschaftlichen Erfolg – sollte er sich dann trotz Krimkrise einstellen - auch unsere Stadtkasse ein wenig profitieren. Außerdem könnte der geplante Strategiewechsel hin zu einer kleinteiligeren Vermarktung der Giesenheide mittelfristig neue Einnahmequellen erschließen.

Damit Hilden weiterhin –nicht zuletzt auch für Firmenansiedlungen- attraktiv bleibt, dürfen die städt. Angebote bei Bildung, Sport, Kultur nicht leichtfertig herunter gefahren werden. Natürlich nehmen auch wir die Verdopplung des Schuldenstandes innerhalb von nur vier Jahren nicht auf die „leichte Schulter“.

So sind wir mehr denn je der Auffassung, dass wir – wollen wir solide wirtschaften und zukünftigen Ratsgenerationen keine wachsenden Schuldenberge hinterlassen - an einer moderaten Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer nicht vorbeikommen. Selbst der Kämmerer hat dies in seiner Etatrede für die Folgejahre nicht ausgeschlossen. Wir forderten deshalb auch in diesem Jahr eine Angleichung unserer Steuersätze an die fiktiven Hebesätze des Landes. Dies würde unsere Einnahmesituation um etwa 2 Mio. € verbessern. Der ängstliche Blick auf das Steuerdumpingparadies Monheim stellt dagegen die Messlatte schlichtweg auf den Kopf und lässt vergessen, dass wir mit 400 % zu den steuergünstigsten Gemeinden in NRW gehören. Und dies, obwohl wir über eine gute Infrastruktur und optimale Verkehrsanbindungen verfügen und zudem von der Nähe zu den Metropolen Düsseldorf und Köln profitieren. Ich denke, unsere solide Wirtschaftsstruktur, die nicht von Eintagsfliegen und Briefkastenfirmen lebt, kann eine höhere Belastung von effektiv 3 % verkraften.

### **Verblüffend die Logik der Allianz !**

Sie spricht von einem finanzpolitischen Krisenjahr und möchte gleichzeitig die Grund- und Gewerbesteuersätze deutlich senken. Gerade dies würde jedoch unsere Haushaltslage weiter verschlechtern, wären damit doch Einbußen in Höhe von 2,4 Mio. € verbunden. Die Hoffnung, so neue Betriebe nach Hilden zu locken, ist aus unserer Sicht völlig illusorisch. Denn: Wer nur auf die Gewerbesteuer schießt, den wird es ohne Umwege nach Monheim ziehen.

Doch schauen wir über den Tellerrand hinaus und denken die von unserem südlichen Nachbarn angestoßene Entwicklung zu Ende:

Wenn sich immer mehr Gemeinden an dem Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze beteiligen, werden bald alle Städte finanziell ausgeblutet und damit weitgehend handlungsunfähig sein. Gerade Menschen mit niedrigem aber auch mittlerem Einkommen würden darunter leiden, wenn Stadtbüchereien, Musik- und Volkshochschulen oder Jugendämter ihre Angebote reduzieren oder spürbar verteuern müssten. Gutsituierten stehen dagegen in der Regel genügend Alternativen für sich und ihre Kinder zur Verfügung. Doch auch ihr Leben wird in einer durch Ausgrenzung und schwindendem Zusammenhalt geprägten Umgebung keinesfalls sicherer und angenehmer. Und irgendwann verdient dann eine Gemeinde nicht mehr diese Bezeichnung, da das Verbindende, Gemeinsame fehlt.

Weitere Vorschläge der Allianz – wie Stellenkürzungen beim Jugendschutz, bei der Stadtbücherei, an der Infotheke des Rathauses – sind ebenfalls Ausdruck einer „Privat vor Staat“-Philosophie. Fast immer werden nur Kosten gesehen, die damit verbundenen Leistungen für die Allgemeinheit hingegen nicht. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass diese Einstellung von den meisten Hildenerinnen und Hildenern nicht geteilt wird.

Ich komme zum Schluss! Das letzte Jahr war aus kommunalpolitischer Sicht eher langweilig und ereignislos. So wurden wichtige Entscheidungen wie z.B. die Verabschiedung des Bebauungsplans für das Albert-Schweitzer-Gelände in die nächste Wahlperiode geschoben. Doch Hilden braucht Bewegung, nicht Stillstand! Ich wünsche mir, dass wir nach einem hoffentlich fairen, lebendigen und da, wo die Inhalte es erfordern, auch kontroversen Wahlkampf endlich durchstarten. Dies täte unserer Stadt und ihrer politischen Kultur sicherlich gut. Dem Haushalt stimmen wir zwar nicht begeistert, aber auch ohne große Bedenken zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.